

# Neueste Nachrichten

Dienstag, 26. Mai 2009

von, über und mit Hermann Scheer

2. Jahrgang—Nr. 4/5

## Brief an die Schützenvereine

Es war Zeit, einiges klarzustellen. Deshalb hat Hermann Scheer an die Schützenvereine geschrieben. Seite 2



Foto: Fotolia

## Robert F. Kennedy, Jr. kommt nach Schorndorf

Hermann Scheer lädt ein und die Prominenz kommt. In diesem Fall Robert F. Kennedy, Jr. Mehr dazu finden Sie auf Seite 3



Foto: Pace Law School

## Pressestimmen zu Hermann Scheer

Was die Medien über Hermann Scheer berichten lesen Sie auf den Seiten 3 bis 7



## Scheer begrüßt Genmais-Verbot

Deutschland folgt dem guten Beispiel anderer Länder

**Berlin.** Hermann Scheer hat ausdrücklich die Entscheidung von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner (CSU) begrüßt, die Aussaat der Genmaissorte MON 810 zu verbieten. Die Ministerin habe damit – endlich – die Bedenken der Menschen ernstgenommen.

Die Entscheidung sei richtig, weil es keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse gebe, wie sich das vom Genmais produzierte Gift auf die Umwelt auswirke. Außerdem stünden heute schon wirtschaftliche Betriebe wie Imkereien aufgrund von Kontaminationen mit Genpollen vor dem wirtschaftlichen Ruin.

Nach Österreich, Ungarn, Frankreich, Griechenland und Luxemburg ist die Aussaat der bislang einzigen in Europa zu-



Naturprodukt Mais: in Deutschland auch weiterhin frei von Genmanipulationen

Foto: Fotolia

gelassenen Genpflanzen-sorte MON 810 nun in sechs EU-Mitgliedstaaten verboten.

Die SPD-Bundestagsfraktion, so Scheer, werde sich in Brüssel weiterhin

dafür einsetzen, den Anbau von MON 810 EU-weit zu verbieten.

## Standpunkt

### Neuanfang?

Hartmut Mehdorn ist zurückgetreten. Seien wir ehrlich: darauf haben viele Menschen viele Jahre lang gewartet. Dass es dann so schnell ging hat deshalb überrascht, weil der bisherige Bahnchef zahlreiche Krisen vorher unbeschadet überstanden hatte. Warum aber haben so viele auf seinen Rücktritt gehofft? Weil mit dem Name Mehdorn untrennbar eine Ausrichtung für die Bahn verbunden war, die sich nicht an den Bedürfnissen der Kunden sondern an denen des Aktienmarktes orientiert hat. Das Schienennetz wurde aus Renditegründen reduziert, der Interregio, hochbeliebt bei den Bahnfahrern, aus demselben Grund ganz gestrichen. Stattdessen wurde der Jahresgewinn erhöht und weltweit Firmen aus dem Logistiksektor zugekauft – meist auf Pump. Die Bilanz der Ära Mehdorn ist verheerend. Er hinterlässt ein hoch verschuldetes Unternehmen (das im Rahmen der Bahnreform vom Bund komplett entschuldet worden war), der Anteil der Schiene an der Verkehrsleistung ist in vielen Bereichen kaum oder nur vergleichsweise gering gestiegen, dafür aber die Unzufriedenheit der Kunden und noch viel mehr die Verunsicherung der Mitarbeiter der Bahn. Viele haben Mehdorn am Schluss nur noch als Belastung eines der wichtigsten Unternehmen der Republik empfunden.

Allerdings könnte sich nun herausstellen, dass sein Rücktritt keine Entlastung bringt. Dass alle Hoffnungen auf Seite 7

## Scheer: Obama beim Wort nehmen und Nuklearwaffen abrüsten

Abgeordneter begrüßt Initiative des US-Präsidenten

**Berlin.** Die Abschaffung der Kernwaffen, so Hermann Scheer, ist eine alte Forderung der SPD, die zuletzt im Hamburger Programm ihren Niederschlag gefunden hat.

Deshalb begrüße er als Sozialdemokrat die Ankündigung von Barack Obama, sich für eine Welt ohne Atomwaffen ein-

setzen zu wollen. Seit Anfang der 90er Jahre habe es keine Initiative zur atomaren Abrüstung mehr gegeben. Deshalb sei es höchste Zeit, dass jetzt fortgesetzt werde, was noch mit Reagan und Gorbatschow eingeleitet worden sei.

Scheer: „Ohne eine Vorleistung der NATO wird es



Bald reif für den Schrottplatz?  
Foto: US-Reg.

allerdings nicht gehen. Sie muss, der Obama-Initiative folgend, das Signal geben, dass sie bereit ist auf das atomare Waffenpotenzial zu verzichten, wenn alle anderen es auch tun.“ Hier müsse Obama, gerade aufgrund seiner starken Rolle innerhalb der NATO beim Wort genommen werden.

# Hermann Scheer schreibt an Schützenvereine im Wahlkreis

## Freiheitsrechte gelten nicht unbeschränkt

**Waiblingen.** Aufgrund seiner öffentlich gemachten Vorschläge zur Verschärfung des Waffenrechts haben Hermann Scheer in den letzten Wochen immer wieder Mails von Sportschützen erreicht. Eine der Antworten, die er darauf gegeben hat, hat er nun an die Schützenvereine im

darin eine Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz) gesehen, dass verschiedene Maßnahmen gegen Kampfhunde, wie das Import- und Zuchtverbot für bestimmte Rassen, ergriffen wurden.

Instrumente im Vereinsheim lagern. Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, dass die Schützen nicht könnten, was andere Sportarten seit jeher organisatorisch bewältigen.

Ihre Behauptung, wonach in Frankreich, Holland und



So viel steht fest: Schießen ist kein Grundrecht

Foto: Fotolia

Wahlkreis versandt um seine Intentionen noch einmal deutlich darzustellen. Den Wortlaut der Antwort drucken wir nachfolgend ab:

Sehr geehrter Herr .....

für Ihr Schreiben zum Thema Waffenrecht darf ich mich bedanken.

Die Freiheitsrechte, auf die Sie sich in Ihrem Schreiben berufen, werden zwar vorbehaltlos garantiert, unterliegen aber Schranken und zwar, wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert, als „logische Folge eines geordneten menschlichen Zusammenlebens“ oder aus vergleichbaren allgemeinen Überlegungen. Ein gutes Beispiel um das zu illustrieren ist das Thema Kampfhunde. Weder das Bundesverfassungsgericht noch andere Gerichte haben

Vergleicht man es mit den gesetzlichen Regelungen für bestimmte Kampfhunderassen, sind meine Vorschläge zum Waffenrecht eher geringfügige Eingriffe. Die Lagerung der Waffen im Schützenverein verursacht zweifellos einen höheren Organisationsaufwand für alle Beteiligten, aber sie hindert nicht an der weiteren Ausübung des Schießsports. Das beweisen auch die Schützenvereine, die das heute schon so handhaben.

Diesen Mehraufwand müssen im übrigen auch andere Sportarten betreiben, bei denen das Sportgerät ebenfalls nicht zu Hause sondern in den Liegenschaften des Vereins gelagert wird. Als Beispiele seien die Rudersportvereine genannt oder die Segelflieger oder auch Musikvereine, die vielfach

der Schweiz trotz liberalerer Waffengesetze keine Amokläufe stattfänden, trifft nicht zu. Zwei Beispiele hierzu:

27.09.2001

Ein 57-jähriger richtet im Parlament des Kantons Zug ein Blutbad an: er tötet 15 Menschen. Laut Untersuchungsbericht befanden sich alle dabei verwendeten Waffen legal in seinem Besitz.

27.03.2002

Im Pariser Vorort Nanterre erschoss ein 33-jähriger Attentäter in einer Ratsitzung acht Menschen. Er hatte einen gültigen Waffenschein und war Mitglied in einem Schützenverein.

Zweifellos, da gebe ich Ihnen recht, müssen als **Forts. rechts**

## Ausgewählte Termine von Hermann Scheer

**26. Mai**

Eurosolar-Konferenz „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“, Ludwigshafen

Rede bei ARTA, Unternehmensverband von selbstständigen Malerbetrieben, Frankfurt

**28. Mai**

Rede im Plenum des Deutschen Bundestages zum IRENA-Ratifikationsgesetz

**29. Mai**

**Remstal-Forum mit Robert F. Kennedy, Jr., Ort: Barbara Künkelin-Halle Schorndorf (Künkelinstraße 33), Beginn: 19.30 Uhr**

**5. Juni**

Rede auf dem „2nd European Young Leaders Forum“ der BMW-Stiftung, Lissabon, Portugal

**9. Juni**

Teilnahme (Podiumsdiskussion) am „European Future Energy Forum 09“, Bilbao, Spanien

**10. Juni**

Rede auf dem ver.di-Seminar „Die Energiefrage“, Berlin

**14. Juni**

Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD zur Beschlussfassung über das Regierungsprogramm, Berlin

**16. Juni**

Rede bei GDF Suez (französischer Energieversorger), Paris

**17. Juni**

Rede auf dem Elektromobil Kongress des Nova-Instituts, Bonn

**18. Juni**

Rede auf dem Provada-Kongress (Provada: Messe für die Immobilienbranche), Amsterdam

**21. Juni**

Ansprache bei „Kirche im Grünen“ der Ev. Kirchengemeinde Waiblingen-Hohenacker, Hof Gnamm, Rotweg 15, Beginn 10.00 Uhr

## Service

Homepages auf denen Sie mehr über Hermann Scheer und seine Arbeit erfahren können:

**Abgeordnetenhomepage**

[www.hermannscheer.de](http://www.hermannscheer.de)

**Eurosolar**

[www.eurosolar.de](http://www.eurosolar.de)

**Deutscher Bundestag**

[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

**World Council for Renewable Energy**

[www.wcre.org](http://www.wcre.org)

**World Future Council**

[www.worldfuturecouncil.org](http://www.worldfuturecouncil.org)

Konsequenz aus Winnenden auch viele andere gesellschaftliche Bereiche überprüft werden, das kann aber nicht heißen, dass ausgerechnet das Waffengesetz davon ausgenommen ist.

Um eines noch einmal ausdrücklich klarzustellen: es liegt nicht in meiner Absicht, Waffenbesitzer zu kriminalisieren oder ihnen per se Gewaltbereitschaft

zu unterstellen. Es geht mir darum, zu verhindern, dass Waffen in die falschen Hände geraten können. Durch meine Vorschläge spreche ich den Schützenvereinen ja gerade das Vertrauen aus, denn würde ich ihnen nicht vertrauen, würde ich auch nicht die Aufbewahrung der Waffen dort vorschlagen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Hermann Scheer

# Prominenter Besuch aus den Staaten: Robert F. Kennedy, Jr. kommt nach Schorndorf

Remstal-Forum mit Neffen des früheren US-Präsidenten

**Schorndorf.** Auf Einladung von Hermann Scheer wird Robert F. Kennedy, Jr. am 29. Mai nach Schorndorf in die Barbara Künkelin-Halle kommen.

Auf der Veranstaltung, die im Rahmen der Reihe „Remstal Forum“ stattfindet, wird Kennedy über die Neuausrichtung der

US-Politik nach dem Regierungswechsel sprechen. Titel der Rede: „Die neue Botschaft aus den USA“.

Robert F. Kennedy, Jr., geb. 1954, ist ein Neffe des früheren US-Präsidenten John F. Kennedy und der Sohn des 1968 ermordeten Robert F. Kennedy, der seinerzeit der Favorit für



Unverkennbare Herkunft: R.F. Kennedy, Jr. Foto: Pace Law School

die Präsidentschaftswahl war. Er ist Professor für Umweltrecht an der Pace Law School im Bundesstaat New York und Umweltanwalt. Darüber hinaus ist er Autor und Mitautor mehrerer Bücher zu Umweltthemen und gilt in der amerikanischen Öffentlichkeit als das Umweltgewissen der USA. Das TIME-Magazin kürte

ihn zum „Hero for the Planet“.

Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr

Ort: Barbara Künkelin-Halle Schorndorf (Künkelinstraße 33). Eine Anfahrtsbeschreibung zur Halle finden Sie unter [www.barbara-kuenkelin-halle.de](http://www.barbara-kuenkelin-halle.de)

## Pressestimmen

Pressemitteilung vom 30.03.2009

### Hermann Scheer: mit der Neuernennung des Bahn-Chefs muss sich eine Neuausrichtung des Unternehmens verbinden

Zum Rücktritt von Hartmut Mehdom erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, der auch Mitglied im SPD-Parteivorstand ist:

Der Rücktritt von Hartmut Mehdom ist ein längst überfälliger Schritt. Mit dem heutigen Tag ist nicht nur das System Mehdom gescheitert, sondern auch seine Vorstellung von der Zukunft der Bahn als renditeorientiertes Börsenunternehmen, das weltweit im Logistikmarkt operiert.

Deshalb muss die Nachfolge auf diesem Posten so geregelt werden, dass sich mit der Person des neuen Bahnchefs auch eine neue Unternehmenspolitik verbindet. Diese muss aus-

gerichtet sein am Gemeinwohl und einer umweltorientierten Verkehrspolitik. Kernaufgabe der Bahn ist es, eine flächendeckende Verkehrsinfrastruktur in Deutschland sicherzustellen. Deshalb muss auch der Abschied vom Ziel eines weltweit operierenden Logistikunternehmens eingeläutet werden.

Die Bilanz der Ära Mehdom ist verheerend:

ein verfehltes Preissystem, das über Jahre hinweg zu Einbrüchen im Personalfernverkehr geführt hat

ein horrender Anstieg der Schulden: bei seinem Amtsantritt fand Hartmut Mehdom Finanzschulden

von 4,2 Milliarden Euro vor, heute sind es 15,9 Milliarden

Verfehlung der Ziele der Bahnreform: im Güterverkehr stieg der Anteil der Eisenbahn an der Verkehrsleistung von 16,8 Prozent im Jahr 1994 auf lediglich 17,4 Prozent im Jahr 2008. Der Straßengüterverkehr legte im selben Zeitraum von 64,6 auf 70,7 Prozent zu

zerrüttetes Verhältnis zu den Gewerkschaften und der Politik

eine Atmosphäre des Misstrauens und der Entfremdung zum Vorstand im gesamten Konzern als Folge der Datenaffäre

Zur Frage der Mehdom-Nachfolge:

Das schlimmste was man der Bahn jetzt antun könnte, wäre, dass man Mehdom zwar ersetzt, den Managertypus aber beibehält: ausschließlich renditeorientiert und ohne innere Bindung zum Unternehmen Bahn. Der immer wieder genannte Namen Utz Claassen ist dafür ein Beispiel. Auch Manager, die Teil des Systems Mehdom waren, wie der Vorstand für Transport und Logistik bei der DB Mobility Logistics AG, Norbert Bensele, sind nicht für einen Neuanfang geeignet.

Es gibt in Deutschland genügend Spitzenpersonal, das den Vorstandsposten bei der DB AG und weitere Führungsstellen im

Konzern hervorragend ausfüllen könnte. Personen, die Kompetenz und Leidenschaft für die Bahn mitbrächten, deren Namen man aber nicht findet unter den üblichen Verdächtigen, die stets genannt werden, wenn in der deutschen Wirtschaft ein Führungsposten frei wird.

Die Führungsreserve der Bahn ist in den Ländern zu finden, in den Verkehrsverbänden, die oftmals seit Jahren schon der Bahn vorzuziehen, wie man erfolgreich agiert oder aber, dort wo sie Auftraggeber der Bahn sind, wie man den Konzern auf Kundentreue festlegt. Darüber hinaus finden sich auch in der Landespolitik und bei den Privatbahnen kompetente Managerpersönlichkeiten, die bei der Bahn fruchtbar wirken könnten.

## Pressestimmen

Der Spiegel vom 11.04.2009

### Abu Dhabi statt Bonn?

Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen den Sitz der neuen Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (Irena) in ihre Hauptstadt Abu Dhabi holen und setzen darauf, dass die Bundesregierung sie dabei unter-

stützt. Die Scheichs rechnen mit deutschem Wohlwollen, weil ihr Milliardenengagement bei Daimler, der Plan, mit den Deutschen Elektroautos zu bauen, sowie das Projekt einer Solarzellenfabrik in Thüringen zeigten, wie

ernst es die Emirate mit dem Umweltschutz meinen. Auch von der strategischen Partnerschaft, die der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) 2004 mit Scheich Hamdan Bin Sajid Al Nahjan unterzeichnete, erwarten die Araber Dividende; Deutschland hat mit keinem anderen Staat des Nahen Ostens ein ähnliches Abkommen geschlossen. Noch hält die

Bundesregierung aber an der Bewerbung von Bonn als Standort der prestigeträchtigen Irena-Zentrale fest. Die offiziellen Unterlagen sind noch nicht eingereicht, die offizielle Frist dafür endet am 30. April. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte sich auch deshalb für eine deutsche Bewerbung mit dem Standort Bonn starkgemacht, weil er so verhindern konnte, dass

sich sein umweltpolitischer Rivale Hermann Scheer (SPD) in das Amt des Irena-Generaldirektors drängt. Die Mitgliedsländer der multilateralen Agentur können sich nämlich entweder um den Sitz der Zentrale oder um den Irena-Chefposten bemühen. Auch Österreich hat mit dem Standort Wien Interesse an der Zentrale bekundet.

## Pressestimmen

Süddeutsche Zeitung vom 25.03.2009

## Das Rätsel der vierten Dimension

Um das Klima zu schonen soll in Ketzin Kohlendioxid in unterirdische Speicher gepresst werden. Doch noch weiß keiner, wie es sich mit der Zeit verhalten wird.

Von Michael Bauchmüller

Ketzin – "Jetzt kommt der Augenblick, auf den ich mich die ganze Zeit schon freue", sagt Fabian Möller. Dann verschwindet er mit einem Becher auf der Toilette. Möller ist Ingenieur, verantwortlich für den ersten unterirdischen Kohlendioxid-Speicher in Europas Boden. Mit einem Becher voller Wasser kommt er zurück. Er lässt es auf ein Stück Sandstein tropfen, es versickert wie Meerwasser am Strand. "Sehen Sie: Das Wasser verschwindet einfach im Stein", sagt er. "So funktioniert das auch mit dem Kohlendioxid." So ähnlich jedenfalls.

Der saugkräftige Sandstein liegt 800 Meter unter Ketzin, einem 4000-Einwohner-Städtchen im brandenburgischen Havelland, nicht weit von Potsdam. Seit dem vergangenen Sommer wird auf einer Industriebrache Kohlendioxid in die Erde gepumpt. Bleibt es unten, wäre es ein Schlüssel zum Klimaschutz, dann könnten Kraftwerke und Fabriken ihr Kohlendioxid im Untergrund verbuddeln. Funktioniert es nicht, haben künftige Generationen womöglich ein Problem: mit Treibhausgasen, die der Boden ausdünstet. An diesem Mittwoch will die Bundesregierung die unterirdische Speicherung in ein Gesetz gießen. Noch bis in den Dienstagabend hinein verhandelten Regierungsvertreter über die Details des Gesetzes, die Sache ist ziemlich komplex. Es wäre der Einstieg in eine neue Zeit.

Ging es beim Klimaschutz stets um die Vermeidung von CO<sub>2</sub>, so soll das

Kohlenstoff-Gas nun wieder dahin zurück, wo die Kohlenstoffe einst herkommen – in den Untergrund. Für Kohle-Verstromer wie RWE und Vattenfall wäre das eine Art Überlebensgarantie. Denn Kohle und Klimaschutz vertragen sich schlecht. Und mit dem Emissionsrechtehandel, den die EU eingeführt hat, bekommt die Verbrennung von Kohle sogar eine Art Strafsteuer, die im Laufe der Jahre wohl immer weiter steigt. Jetzt erforschen sie, wie sich das Gas künstlich abscheiden lässt, während oder nach der Verbrennung. Nur: Wohin mit den Treibhausgasen?

Das Havelland ist eine stille, unspektakuläre Gegend. Industrie gibt es kaum mehr, dafür Wälder, ein paar Baumschulen, Obstplantagen: in Bäumen gespeichertes Kohlendioxid. Zu DDR-Zeiten haben sie in Hohlräumen unter Ketzin Gas gelagert.

Jetzt rauschen Treibhausgase leise durch ein dünnes gelbes Rohr, das irgendwo auf dem alten Industriegebiet nach unten abbiegt, tief unter die Erde. Ein Lastwagen hat das Kohlendioxid eben entladen, es stammt nicht aus Kraftwerken, sondern wird teuer eingekauft. Normalerweise landet dieses Kohlendioxid als Kohlensäure im Mineralwasser. Jetzt aber wird es unter die Erde gedrückt, hinein in das poröse Gestein.

"Saline Aquifere", so heißen die Sandsteine. Seit Jahrtausenden ist Salzwasser in den Gesteinsporen, das CO<sub>2</sub> presst es heraus und macht sich im Aquifer breit. Wohin aber das Salzwasser geht – schwer zu sagen. "Das ist eine Schlüsselfrage, wenn man das im großen Maßstab macht", sagt Ingenieur Möller. Theoretisch könnte sich Kilometer entfernt ein Druck aufbauen, könnte sich die Erde heben. Auch entsteht eine Art Sprudel-

wasser, wenn das CO<sub>2</sub> in das Salzwasser gedrückt wird, so ähnlich wie bei einem Soda Streamer. Wie die Kohlensäure wiederum mit dem Gestein reagiert – offen, genauso wie die Frage, ob das CO<sub>2</sub> den Beton angreift, mit dem irgendwann die Lagerstätte abgeschlossen würde. "Schlüsselfragen", "ungelöste Fragen", davon kennt Möller immer noch viele. Die letzte Überzeugung fehlt auch ihm noch. Aber dafür gibt es ja das Forschungsprojekt.

Michael Kühn lässt Zweifel gar nicht erst aufkommen. Der Geochemiker und Hydrogeologe arbeitet im Potsdamer Geoforschungszentrum, er ist der Oberforscher der Speicherung in Ketzin und eine Art Meister der vierten Dimension. "Ich bin durch und durch zuversichtlich", sagt er. "Alles läuft nach Plan."

Ketzin soll helfen, das Verhalten des Kohlendioxids unter der Erde zu verstehen – vierdimensional. Damit ließe sich nicht nur simulieren, wie sich das Gas unter der Erde ausbreitet. Sondern auch, wie es sich im Lauf der Zeit verhält. Technisch ist es die heikelste Frage. Für die Abscheidung des Treibhausgases gibt es eine Reihe von Methoden, ein Pilotkraftwerk in der Lausitz läuft schon. Auch der Transport zu den Lagerstätten wäre kein Problem. Aber wie hält man die Gase untertage? Und was, wenn ein Lager leckt? Oder versehentlich angebohrt wird?

Um Ketzin herum messen deshalb kleine Fühler die CO<sub>2</sub>-Konzentration. Das Gas ist nur direkt am Boden lebensgefährlich, also vor allem für Tiere. Aber die ganze Mühe für das Klima wäre buchstäblich für die Katz, wenn das Gas nach 30, 40 Jahren wieder austritt. Nein, hundertprozentig sicher sei gar nichts, sagt auch Wissenschaftler Kühn. Das

sei auch nicht zu leisten. "Aber ich rechne nicht damit, dass das CO<sub>2</sub> wieder aus dem Boden kommt." Seine Prognosen sehen das nicht vor, genauso wenig wie Bergschäden. "Weil wir das nicht wollen, wird das nicht passieren", sagt er, ganz einfach.

Dabei geht es längst nicht nur um Sicherheit, es geht um das Prinzip der Stromerzeugung. Klimaschutz, das war in den Augen von Umweltschützern immer auch Strukturwandel. CO<sub>2</sub>-freier Strom sollte nicht mehr aus der Verbrennung endlicher Rohstoffe kommen, sondern aus erneuerbaren, sauberen Energien. Wer aber CO<sub>2</sub> versenkt, hält am alten Prinzip fest.

"Das Ganze wird eine Mund-zu-Mund-Beatmung für die Kohlekraftwerke", warnt der SPD-Linke und Solar-Prediger Hermann Scheer. Paradoxerweise will sein Parteifreund und Umweltminister Sigmar Gabriel das Gesetz genau deshalb: "Wir brauchen acht bis zwölf neue Kohlekraftwerke, wenn wir aus der Atomenergie aussteigen wollen", sagt Gabriel. Selbst die Umweltbewegung ist gespalten. Ob Klimaschutz weltweit ohne unterirdische Speicher gehen wird, ob ein völliger Abschied von der Kohle realistisch ist, das weiß keiner.

Der Wettlauf um die unterirdischen Claims hat längst begonnen. Vattenfall hat kürzlich Anträge für die Erkundung zweier Gegenden im Osten Berlins eingereicht, RWE sucht in Schleswig-Holstein. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik bricht ein Wettkampf um den deutschen Untergrund an.

Denn unter der Erde soll nicht nur mehr CO<sub>2</sub> gelagert werden, sondern künftig auch mehr Erdgas, als Faustpfand für die nächste Lieferunterbrechung. Löcher wollen

nicht nur die CO<sub>2</sub>-Versenker bohren, sondern auch die Freunde der Erdwärme. Und unterirdische Hohlräume ließen sich auch mit Druckluft füllen, als Speicher von überschüssiger Windenergie. Das Reich unter unseren Füßen wird zu einem Reich ungeahnter Möglichkeiten – in den Köpfen der Konzernlenker.

Doch die wahren Chancen der CO<sub>2</sub>-Speicherung entdecken sich woanders: vor Ort. Bernd Lück sitzt in seinem Rathaus nahe der Havel, er ist der Bürgermeister von Ketzin und hat eigentlich nichts gegen das Forschungsprojekt. Sagt er. Aber ihm sind Gerüchte zu Ohren gekommen, in Ketzin solle auch in großem Stil Kohlendioxid aus Kraftwerken verpresst werden. So schwant ihm Böses. "Das hier ist eine Forschungsstätte, so möchte ich betonen. Aber ein Endlager ist es nicht." Sollte sich daran etwas ändern, sei das "eine ganz andere Situation". "Ich kann mir vorstellen, dass das Widerstand in der Bevölkerung gibt." Das Gas ist unsichtbar, irgendwie auch unheimlich. Die Lagerung von CO<sub>2</sub> wäre nicht das erste großtechnische Projekt, das an solchem Widerstand scheitert.

In Ketzin haben sie Erfahrung mit der Speicherung. Die Relikte sind mit Moos überwuchert, sie liegen nicht weit von dem CO<sub>2</sub>-Lager. Es sind die Reste des Dörfchens Knoblauch. In den sechziger Jahren hatten die Knoblaucher plötzlich Gas im Keller, es stammte aus dem unterirdischen Gaslager. Ein Leck war schuld, der Ort wurde evakuiert. "Klar, das Gas war gefährlicher als Kohlendioxid", sagt Lück. "Aber so etwas vergisst man nicht." Die Knoblaucher zogen um, in neue Plattenbauten in Ketzin. Sie bestanden darauf, mit Kohle zu heizen.

Pressestimmen

Northern Colorado Business Report vom 14.04.2009

Abound Solar startet mit Pauken, Trompeten und Prominenz

**Weld County.** Einen Tag nachdem sie in Fort Collins aufgetreten waren, halfen Robert F. Kennedy Jr. und der international bekannte Solarenergie-Aktivist Hermann Scheer den Schleier über der

neuen Produktionsstätte von Abound Solar im südlichen Weld County zu lüften.

Gouverneur Bill Ritter sprach ebenso zu den Anwesenden wie auch

Abound Präsident und Geschäftsführer Pascal Noronha. Abound, bisher als AVA Solar bekannt, eröffnete heute offiziell seine neue Fabrikationsanlage.

„In vielerlei Hinsicht ist das der Beginn der Energie-revolution in diesem Land“, sagte Kennedy. „In diesem Moment sehen Sie, wie sie direkt vor Ihren Augen stattfindet. Sie sollten stolz sein, dass sie hier in Colorado stattfindet.“

Die Anlage wird bei voller Auslastung in der Lage sein Solarzellen mit einer Kapazität von 200 Megawatt zu produzieren und startet zu Anfang mit einer von drei Produktionslinien sowie 100 Arbeitern. Das Unternehmen, das insgesamt 200 Mitarbeiter beschäftigt, fährt zur Zeit Produktionstestläufe und wird Ende des Monats die ersten Produkte ausliefern. Die Fabrik wird bei voller Auslastung 300 Menschen beschäftigen.

Scheer sprach darüber wie wichtig die Unterstützung der Politik für die Solar-industrie sei. Er hatte daran mitgewirkt entsprechendes in Deutschland durchzusetzen, das gegenwärtig der weltweit führende Markt für Solar-



Bei der Besichtigung der neuen Anlage. Rechts der Vorstandsvorsitzende von Abound Solar, Dr. Pascal Noronha, links Dr. Dan Arvizu, Direktor des National Renewable Energy Laboratory

Foto: Abound Solar

produkte ist. „Was wir heute tun schafft die Grundlage für billige Energie und weniger Emissionen für alle Menschen weltweit.“, sagte er. Er fügte hinzu, dass der Aufbau der neuen Energie-wirtschaft eine Strategie darstellt um den drei gegenwärtigen Weltkrisen zu begegnen: der Wirtschafts-, der Klima und der Ressourcenkrise.

Ritter machte kein Geheimnis aus seiner Hoffnung, dass Colorado bald zu einem internationalen Zentrum der neuen Energiewirtschaft werde. Als Beispiel dafür, wie das gelingen könne, wies er auf die öffentlich-private Partnerschaft hin, die zu Abounds gegenwärtigem Erfolg geführt habe.

Er fügte hinzu, dass Colorado ein landesweites Beispiel dafür gebe, wie der Sektor der neuen Energien zu einem Teil der allgemeinen Wirtschaftsförderung werden könne. „Colorado hat sozusagen ein Muster vorgegeben wie eine Zukunft mit sauberer Energie definiert werden kann.“, sagte er.

Abound gründet auf Jahrzehnte der Forschung der Professoren W.S. Sampath, Kurt Barth und Al Enzenroth von der Colorado State Universität. Sie hatten sich auf hoch-effiziente Herstellungsprozesse konzentriert, welche seit dessen offizieller Gründung im Jahr 2007 für Abound Ziel



Hermann Scheer bei seiner Rede aus Anlass der Eröffnung der neuen Abound Solar-Produktionsstätte

Foto: Abound Solar

Pressestimmen

taz vom 09.05.2009

Ist Italien noch eine Demokratie?

Die taz befragte Politiker und Journalisten. Hier die Antwort von Hermann Scheer:

Was in Italien geschieht, vor aller Augen in Europa, ist ein systematisches Schleifen der Institutionen der gewaltenteilten Demokratie: Das Besondere ist, dass dies unverblümt geschieht und Berlusconi als politischer wie als finanzieller Profiteur dessen immer mehr Zustimmung erhält.

Österreichs Haider war harmlos dagegen, auch in seiner postfaschistischen Xenophobie. Berlusconi hat ihn mit der Einbürgerung der italienischen Postfaschisten in seine neue Sammelpartei auch formal getoppt.

Der Regierungschef ist klar straffällig geworden – und setzt eine gesetzliche Amnestie für sich durch und obendrein für viele seiner straffällig gewordenen Führungs-

klientel. Er beschimpft kampagnenmäßig nicht willfähige Richter, um diese kollektiv einzuschüchtern. Dies alles signalisiert eine zermürbte öffentliche Moral, nachdem Berlusconi zum dritten Mal wiedergewählt wurde. Ungeniert kann er sich als machistischer Sexprotz preisen, ohne dass ihm die katholische Kirche die Gefolgschaft aufkündigt.

Italien hat keine demo-

kratische Gegenmacht mehr, seit sich die noch vor 20 Jahren stolze KPI einmal einem Selbstverwässerungsprozess ausgesetzt hat. So entstand ein riesiges Vakuum, das von Berlusconi auf seine Art und mit seinen Möglichkeiten gefüllt wurde. Ohne konkurrierende Mächte, die die unterschiedlichen Werte und Interessen in der Gesellschaft inhaltlich repräsentieren, verfällt aber die Demokratie. Überall.

Impressum

Dr. Hermann Scheer MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-73834  
Fax: 030/227-76528

Mail: hermann.scheer@bundestag.de

Homepage:  
www.hermannscheer.de

## Pressestimmen

Der Standard (Österreich) vom 08.05.2009

## „Emissionshandel ist unproduktiv“

Vorreiter Scheer erklärt warum alte Erfindungen wiederentdeckt, Weltklimakonferenzen über- und Pflanzenenergie unterschätzt werden

Standard: Kommenden Montag sind Sie in Wien bei den "ERDgesprächen". Worüber werden Sie reden?

Scheer: Über die drei gegenwärtigen Weltkrisen. Es wäre fatal, wenn man die Finanzkrise jetzt angeht ohne Rücksicht darauf, dass wir es gleichzeitig mit der Ressourcenkrise und der Klimakrise zu tun haben, die ja auch wirtschaftliche Krisen sind. Also müssen die realwirtschaftlichen Antworten vorwiegend bei solchen Investitionen liegen, die helfen, die Ressourcenkrise und die Klimakrise zu überwinden. Es macht die Sache leichter, dass sowohl die Ressourcen- als auch die Klimakrise durch die selbe Maßnahme überwunden werden können, nämlich durch den Wechsel von nicht-erneuerbaren und gleichzeitig umwelt- und klimaschädlichen Ressourcen zu erneuerbaren Ressourcen.

Standard: US-Thinktanks nennen das "Green

Recovery", oder?

Scheer: Wer das Konzept unter allen Regierungschefs am besten verstanden hat, ist der neue US-Präsident. Das zeigen seine Reden.

Standard: Mit Obama verknüpfen sich Hoffnungen auf einen Durchbruch bei der Weltklimakonferenz im Dezember in Kopenhagen. Teilen Sie die?

Scheer: Weltklimakonferenzen tragen drei Probleme mit sich herum: Erstens gehen sie von der falschen Prämisse aus, dass Initiativen zum Klimaschutz, egal welche, automatisch eine wirtschaftliche Belastung seien. Damit beginnt automatisch das Gefeielsche um die Lastenverteilung. Zweitens kann man sich aufgrund der Konsensbildung zwangsläufig immer nur auf einen Minimalkompromiss verständigen, der unter dem tatsächlich Gebotenen liegt. Mit der Verteilung von Emissionszertifikaten wird die Minimalverpflichtung zur Obergrenze und ein Motiv, nicht mehr zu tun. Ich bin der festen Überzeugung und kann auch belegen, dass der Emissionshandel unter allen Instrumenten das unproduktivste und

teuerste ist. Jede ökologisch ausgerichtete Energiebesteuerung ist effektiver, weniger bürokratisch, gerechter. Drittens wecken Klimakonferenzen den Eindruck, als wäre das einzige Problem der Weltenergieversorgung die Kohlendioxidemission. Ist es nicht.

Standard: Weil Öl, Gas, Kohle und Uran zur Neige gehen.

Scheer: Genau. Politik ist für mich die Kunst des Zusammenhangs. Weltwirtschaft und Volkswirtschaften haben sich derart abhängig von nichterneuerbaren und sich deshalb rapid erschöpfenden Ressourcen gemacht. Wie sich jetzt auch am massiv steigenden Ressourcenbedarf Indiens und Chinas zeigt, ist dies keine sektorale Frage, sondern berührt die Gesamtheit des Wirtschaftens. Darum ist der Wechsel zu erneuerbaren Energien für mich eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts.

Standard: Was hatten Sie eigentlich kürzlich bei einem Brüsseler Treffen der Biodieselloobby verloren? Ist diese Branche wegen des Landverbrauchs, der auch Nahrungsmittelanbau verdrängt, nicht zu Recht in der Kritik?

Scheer: Egal, ob Sie Energie-, Rohstoff- oder

Nahrungsmittelpflanzen anbauen, können Sie dabei intelligentere und oft viel ökonomischere Wege gehen. Das beginnt mit der Verwertung landwirtschaftlicher Reststoffe und organischer Abfälle. Bei vielen Nahrungsfrüchten verbrauchen sie gerade mal fünf oder zehn Prozent der Pflanze. Im Rest steckt ein enormes energetisches Potenzial. Nach der Biokraftstofferzeugung können Sie anfallenden Reststoffe wieder in die Landwirtschaft zurückführen: als Düngemittel oder als Futtermittel. Zu solchen Produktionskreisläufen zu kommen ist ein wichtiges Ziel. Noch kaum genutzt werden Aquapflanzen. Nehmen Sie den Victoriasee, der durch einen Wildwuchs an Wasserhyazinthen gefährdet ist. Pro Hektar kriegen Sie bis zu vierhundert Tonnen Hyazinthen. Würde das energetisch verwertet, wäre das ein ökonomischer Segen. Länder wie Kenia könnten auf den Import von Erdöl verzichten, der sie in manchen Jahren mehr kostet als die Exporterträge der gesamten kenianischen Wirtschaft.

Standard: Wie wird die Geschichtsschreibung auf das späte 20. und frühe 21. Jahrhundert zurückschauen, als die Entwicklung erneuerbarer Energien mühsam voranging?

Scheer: Im 19. Jahrhundert war die Situation offener für technologische Neuerungen als heute. Der Stirling-Motor, der extrem energiesparend, aber nur dezentral einsetzbar ist, wurde in den 1820ern entwickelt und war praktisch 170 Jahre lang vergessen. Die erste Brennstoffzelle wurde in den 1840ern vorgestellt. Erst seit ungefähr zwanzig Jahren gibt es wieder Anstrengungen in der Brennstoffzellenentwicklung. Das hat mit einem Großteil der Energieexperten zu tun, die aus meiner Sicht mittlerweile selbst einen Teil des Problems darstellen.

Standard: Inwiefern?

Scheer: Weil sie die Versorgungsstrukturen, die im Zuschnitt auf die fossilen Energien und auf Atomenergie entstanden sind, für neutral gegenüber der Energiequelle halten und glauben, dass man nur innerhalb dieser Strukturen auf neue Energien umsteigen kann. Das geht aber nicht. Die Energiequelle bestimmt, wie sie erzeugt wird und zum Konsumenten kommt. Erneuerbare erfordern andere organisatorische, infrastrukturelle und technologische Voraussetzungen. Das ist der eigentliche Energiekonflikt, der ohne Strukturwandel nicht zu lösen ist.

(Interview: Stefan Löffler)

## Pressestimmen

derWesten.de (Portal der WAZ-Mediengruppe) vom 13.05.2009

## Mobilmachung gegen Pipeline

Berlin. Umweltschützer machen mobil gegen die neue CO<sub>2</sub>-Pipeline durchs Ruhrgebiet zu den geplanten unterirdischen Endlagerstätten für das Klimagas Kohlendioxid: Nach Berechnungen der Experten führt das einen halben Meter dicke Rohr vom geplanten CO<sub>2</sub>-armen RWE-Braunkohlekraftwerk in Hürth bei Köln südöstlich an Dortmund vorbei bis nach Norddeutschland durch dichtbesiedeltes Gebiet.

Dort soll das klimaschädliche Gas in 1000 Meter tiefe Lager gepumpt und Jahrtausende von der Umwelt abgeschlossen werden. Nach Angaben von Eurosolar-Experten verläuft die CO<sub>2</sub>-Pipeline von Köln kommend durch die Region Wuppertal nach Norden in den Ennepe-Ruhr-Kreis, von dort über die Region Hagen durchs Dortmunder Gebiet weiter nach Nordosten über Unna, Hamm und Warendorf nach Niedersachsen.

Mit gezielten politischen Aktionen wollen die Gegner der neuen CO<sub>2</sub>-Abscheidetechnik für Braun- und Steinkohlekraftwerke in letzter Minute Einfluss nehmen auf die laufende Gesetzgebung. Die große Koalition will bis zur Sommerpause ein Gesetz verabschieden, das die rechtlichen Grundlagen für den Transport und die Lagerung des bei der Stromproduktion ab-

getrennten CO<sub>2</sub> schafft. Vor allem die beiden großen Stromkonzerne RWE und Vattenfall sehen in der so genannten CCS-Technik zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung eine Überlebensgarantie für ihre Kohlekraftwerke.

„Unsere Absicht ist, frühzeitig darauf hinzuweisen, in welchen Regionen und Orten sich Proteste gegen die Absichten der Energiekonzerne erheben werden“, begründet der Präsident von Eurosolar, der SPD-Politiker Hermann Scheer, das Vorgehen der Gegner. Der Vorkämpfer für Sonnen- und Windenergie sieht in der CCS-Technik

ein Hindernis zum Ausbau erneuerbarer Energien. Um den politischen Druck in den anstehenden Wahlkämpfen zu erhöhen, ist die Karte mit dem vermutlichen Verlauf der Pipeline mit den Wahlkreisen für den Bundestag unterlegt. Außerdem sind die Regionen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die für die Endlager in Frage kommen, ebenfalls einer politischen Landkarte zugeordnet. Die Bundesregierung will die Technik unterstützen.

Ein Link zu den Karten mit dem Verlauf der Pipeline findet sich unter [www.eurosolar.de](http://www.eurosolar.de)

## Pressestimmen

Pressemitteilung vom 12.05.2009

## Scheer: Diskussion um Paintball-Waffen ist substanzloses Ablenkungsmanöver

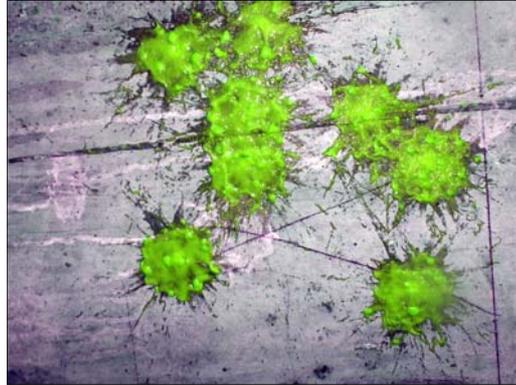
Zur derzeitigen Diskussion über das Verbot von Paintball-Waffen erklärt der SPD-Bundestags-abgeordnete Hermann Scheer:

Der Amokläufer von Winnenden hat nicht mit Farbbällen auf seine Opfer geschossen sondern mit 9-Millimeter-Munition. Paintball-Waffen sind keine Tatwaffen. Ein Verbot dieser Waffen verhindert kein einziges Attentat. Wirksam kann nur ein wesentlich restriktiverer Umgang mit den tatsächlichen Tatwaffen, nämlich den Feuerwaffen, sein. Ich fordere deshalb weiterhin, dass private Feuerwaffen zukünftig nur noch bei den Schützenvereinen und nicht mehr in den Privathaushalten gelagert werden dürfen. Auch ein Verbot von Großkaliberwaffen im Schießsport, wie von meiner Fraktion gefordert,

unterstütze ich.

Nach Angaben der Deutschen Paintball Liga haben in Deutschland über 100.000 Menschen bereits Paintball gespielt (nicht alle davon spielen regelmäßig) und zwar auf einem der rund 150 Paintball-Spielfelder die zur Verfügung stehen. Verglichen mit 2 Millionen Traditionssportschützen die zu einem erheblichen Teil mit den geschätzten 7 Millionen legalen Feuerwaffen umgehen, ist Paintball ein Randphänomen. Das ist gleichzeitig auch die Erklärung dafür, warum Teile der Politik nun darauf fokussieren: Paintball hat eine relativ schwache Lobby und vergleichsweise wenige Aktive. Es braucht weniger politischen Mut hier Verbote zu fordern als im Bereich der Feuerwaffen.

Es kann jedoch nicht sein,



Farbkleckse statt Schusswunden: die Debatte um Paintball ist eine politische Ablenkungsdebatte. Foto: Fotolia

dass die Politik als Konsequenz aus Winnenden den Weg des geringsten Widerstands geht. Sie muss vielmehr den Weg der höchstmöglichen Sicherheit beschreiten und der führt eindeutig zu den Feuerwaffen.

Es ist übrigens ein Trugschluss vieler politischer

Entscheidungsträger, dass hierdurch, ausgerechnet in einem Wahljahr, Wähler vergault werden könnten. Tatsache ist, dass vielleicht einige Stimmen von Schützen verloren gehen – die gönnen wir dann gerne der FDP. Wichtiger ist die politische Vertretung derjenigen Bürger, die eine Verschärfung des Waffen-

rechts fordern, die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Bereits wenige Tage nach dem Attentat von Winnenden hatten sich 78 Prozent der Bevölkerung in einer Umfrage dafür ausgesprochen, Feuerwaffen generell aus dem privaten Bereich zu verbannen.

Die Auseinandersetzung um Paintball-Waffen ist eine politische Ablenkungsdebatte derer die zu mutlos sind, der Waffenlobby entgegenzutreten. Denselben Vorwurf muss man übrigens auch denjenigen machen, die jetzt eine Amnestie für Besitzer illegaler Waffen fordern. Diese ist zwar zu begrüßen, denn jede Waffe die abgegeben wird ist eine gute Waffe. Allerdings geht diese Maßnahme am Kern des Problems vorbei wenn man in Betracht zieht, dass nahezu alle Amokläufe mit legalen Waffen begangen wurden. Was die Abgabe illegaler Feuerwaffen bringen soll um zukünftig Amokläufe zu verhindern ist nicht ersichtlich und wurde von den Befürwortern bisher auch nicht dargelegt.

## Pressestimmen

Photovoltaik (Fachzeitschrift) vom 20.05.2009

## Erster Einspeisetarif in Nordamerika

Ontario macht ernst mit der Förderung von Photovoltaik und anderen erneuerbaren Energien. Schneller als angekündigt wurde nun ein entsprechender Green Energy Act mit üppigen Einspeisetarifen verabschiedet. Sie sollen schon im Laufe des Junis in Kraft treten. Vor allem mit den geplanten Einspeisetarifen für Dachanlagen liegt die kanadische Provinz an der Weltspitze bei der Photovoltaik-Förderung. Strom von Anlagen bis zehn Kilowatt wird mit 80 kanadischen Cents vergütet (50 Eurocents). Solarstrom von größeren Dachanlagen mit 0,71 bis 0,54 kanadischen Cents (45 bis 34 Eurocents). Die Förderbedingungen für mittelgroße Anlagen von 100 bis 250 Kilowatt Leistung

wurde weiter verbessert, indem sie nun die gleiche Vergütung wie kleinere Anlagen ab zehn Kilowatt erhalten sollen. Vom Tisch ist auch eine geplante neunprozentige Degression für Freilandanlagen ab einer beantragten Gesamtkapazität von 100 Megawatt. Dies hätte nach Ansicht von Branchenvertretern den Markt im Keim erstickt.

Nach den derzeitigen Planungen verzichtet die Regulierungsbehörde Ontario Power Authority auch auf ein umstrittenes Losverfahren, um die Programmteilnahme von Solarparkbetreibern in der Anfangsphase zu begrenzen und eine Netzüberlastung zu vermeiden. Um die heimische

Produktion zu fördern soll ein nationaler Anteil an der Wertschöpfung (Domestic Content) als Voraussetzung für die Programmteilnahme eingeführt werden. Nach den Planungen liegt er zwischen 40 und 60 Prozent. Details sollen bis Juni ausgearbeitet werden. Vertreter der Erneuerbaren-Energien-Branche aus der ganzen Welt lobten die Regierung von Ontario für die Verabschiedung des Green Energy Acts mit dem ersten Einspeisetarif in Nordamerika. „Dies ist ein historischer Schritt für einen Paradigmenwechsel bei der Energiegesetzgebung in Nordamerika“, erklärte Hermann Scheer, Vorsitzender des World Councils of Renewable Energy. (Hans-Christoph Neidlein)

„Neuanfang? Forts. von Seite 1 einen Neuanfang vergebens waren, weil bei der Bahn einer das Ruder übernimmt der zwar nicht mehr Mehdom heißt, aber dieselbe Politik betreibt. Rüdiger Grube, so der Name des neuen Chefs, hat eine Teilprivatisierung der Bahn nicht ausgeschlossen. Das weltweite Engagement des Unternehmens hat er positiv bewertet. Einen Vertrag mit den Gewerkschaften über die zukünftige Ausrichtung der Bahn wollte er nicht unterschreiben. Vor allem aber: Grube kommt, wie schon sein Vorgänger, nicht aus dem Bahnsektor sondern aus der Flugzeug- und Automobilindustrie. Bei Airbus war er sogar Büroleiter von Hartmut Mehdom. Wieder einmal wurde ignoriert, dass es in Deutschland, in den

Verkehrsverbänden und der Landespolitik zahlreiche fähige Manager gibt, die seit Jahren mit dem Bahnsektor vertraut sind und dort auch mit Herzblut arbeiten.

Ich gebe Rüdiger Grube eine Chance, sich bei der Bahn zu beweisen und zu zeigen, dass er aus den Fehlern der Mehdom-Ära gelernt hat. Ich gebe allerdings ehrlich zu: angesichts der Vorzeichen bin ich skeptisch ob er wirklich einen Neuanfang darstellt. Gerade deshalb muss in Zukunft der Bundestag klar sagen wohin es mit der Bahn gehen soll. Wenn er das endlich tut, dann ist es auch gar nicht mehr so entscheidend, wer aktuell Bahnchef ist.

Hermann Scheer